

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleg*innen,
liebe Zuhörer*innen

DIE LINKE.
im Gemeinderat Rastede

Hinter uns liegen schwere Jahre der Pandemie. Im gesamten Ammerland erkrankten über 13.000 Menschen an Covid-19, 84 Personen starben an der Krankheit. Unsere lokale Wirtschaft lief trotz alledem weiter, sie lief nicht nur weiter, sie erreichte ungeahnte Höhen. 18,5 Millionen Euro betragen die Einnahmen unserer Kommune durch die Gewerbesteuer im vergangenen Jahr. Mein Dank geht hier an erster Stelle an die vielen Arbeitnehmer*innen, denn *sie* haben dieses Geld erwirtschaftet und schaffen so den Wohlstand für unsere Gemeinde. Sie sind, trotz der Pandemie, weiterhin tagtäglich zur Arbeit erschienen oder haben Arbeit, die sonst im Büro anfiel, unter erschwerten Bedingungen und mit der parallelen Betreuung von Kindern oder anderen Familienmitgliedern, von zuhause erledigt. Arbeitsbedingungen und Löhne sind dabei nicht immer fair.

Wir leben in Krisen-Zeiten. Die Corona-Pandemie, die Klimakrise, wachsende soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit und zuletzt der verheerende Krieg Wladimir Putins in der Ukraine. Gegen manche dieser Krisen lässt sich auf kommunaler Ebene nur wenig tun. Gegen andere dagegen sehr wohl schon. Die Klimakrise etwa. Seit 2012 hat sich der Anteil der regenerativen Energien an der Stromversorgung in Rastede nicht merklich erhöht. Im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen haben wir vor zwei Wochen Rastedes „Energiewende“ beschlossen, wie Frau Eyting damals passend dargelegt hatte, und diverse Photovoltaikanlagen genehmigt. Aber Klimaschutz besteht nicht nur aus Erneuerbaren Energien und der Errichtung von öffentlichen Gebäuden als Passivhäuser, wie etwa der Anbau an der KGS. Diese Dinge sollten im Jahr 2022 selbstverständlich sein, darüber müssen wir nicht diskutieren und wir müssen uns dafür auch nicht loben. Klimaschutz ist eine alle Bereiche übergreifende Herausforderung und Aufgabe, der wir als Kommune dringend stärker begegnen müssen. *Diesem Haushalt fehlt der Wille dazu.* Die Verwaltung hat uns die „großen Vorhaben“ in den kommenden Jahren präsentiert. Da sind Baumaßnahmen ohne Ende, Straßenbau, das Rathaus und vieles weiteres. Was nicht in den großen Vorhaben genannt wurde: Klimaschutz. Selbstverständlich, werden jetzt viele sagen, der Klimaschutz schwingt

eben überall mit. Aber *das* reicht nicht aus. Ein breiterer Radweg und eine neue Bushaltestelle sind kein Klimaschutz. Wir müssen die Gelder bereitstellen, für einen wirklichen Umbau der Mobilität, für klimafreundliche Energien und das Ganze natürlich sozial gerecht!

Mit der Einstellung von Evelyn Brudler als Klimaschutzmanagerin hat die Gemeinde nun einen lange notwendigen Schritt vollzogen und ich bin gespannt auf die ersten Fortschrittsberichte. In ihrem Vorstellungsportrait in der NWZ sagte sie nämlich etwas sehr schlaues, wo so einige marktgläubige Menschen vermutlich gestaunt haben werden: „Wir können in einer endlichen Welt kein exponentielles Wachstum haben.“ Liebe Frau Brudler, ich habe da so ein Gefühl, dass sie mit ihrer Arbeit unsere Gemeinde bereichern werden und wünsche ihnen viel Erfolg und Freude!

Zurück zu unserem Haushalt. Dort wurde nun festgehalten, dass CO₂-Kompensationsmittel in Höhe von 200.000 Euro zukünftig nicht mehr in den Ankauf und Anbau von Waldflächen gesteckt werden sollen, sondern in Maßnahmen des noch zu erarbeitenden Klimaschutzkonzeptes. Das ist grundsätzlich gut, nur leider stehen diese Maßnahmen ja eben noch nicht fest. Und ich kann mich nur wiederholen: Ein breiterer Radweg und eine neue Bushaltestelle sind kein Klimaschutz. Wenn wir CO₂ kompensieren, was dringend notwendig ist, muss dies anhand von klar messbaren Vorgängen geschehen. Das sind etwa Subventionierungen für private PV-Anlagen oder eine durch die Gemeinde bezuschusste ÖPNV-Jahreskarte beim Verzicht auf das eigene Auto. Landen klar definierte Mittel für den Klimaschutz stattdessen in Beton und Asphalt, dann belügen wir uns selbst.

Auch der Blick auf die Sozialpolitik in diesem Haushalt kann aus linker Sicht keine Freude bringen. Die Mieten gehen durch die Decke, nicht nur in den Großstädten, sondern auch bei uns. Seit 2010 sind sie hier um rund 45 % gestiegen, wie eine Anfrage der Bundestagsfraktion meiner Partei ergeben hat. In unserem kommunalen Haushalt wird dieses Problem scheinbar schlichtweg ignoriert – der Markt wird es schließlich schon regeln. Aber wir könnten entgegensteuern, wenn wir wollten. Durch den Verkauf von Grundstücken allein im Göhlen nimmt die Gemeinde in den nächsten vier Jahren die schlicht unfassbare Summe von über 12 Millionen Euro ein. Dem gegenüber steht die nicht ausreichende Ausweisung von lediglich acht Bauplätzen für Mehrfamilienhäuser in diesem Wohngebiet. Und auch hier ist ja längst

nicht gesichert, dass diese Wohnungen dann auch zu bezahlbaren Preisen vermietet werden. Wohnraum dient längst nicht mehr den Bürger*innen, sondern ist Spekulationsobjekt für Investoren. Zeitgleich fallen immer mehr Sozialwohnungen weg, in ganz Niedersachsen seit dem Jahr 2000 über 50.000 Stück. Unsere Kommune *ist* finanzstark, wir leisten uns beispielsweise grade für zig Millionen die Renovierung des Freibads, haben das Geld für den Kauf und die Umgestaltung des Palais und anderer Prestige-Projekte und mit dem jahrelangen Entwurfs-Chaos rund um das Areal an der Mühlenstraße wurden viele tausende Euros in den Sand gesetzt. Warum fehlt bei uns scheinbar der politische Wille, für *alle* Menschen einen Platz zum Leben zu schaffen und nicht nur für diejenigen, die sich Baugrundstücke für 190 Euro pro Quadratmeter leisten können?

Liebe Kolleg*innen, lieber Herr Bürgermeister, liebe Bürger*innen. Einem Haushalt mit einer solchen klima- und sozialpolitischen Schieflage, dem kann ich nicht guten Gewissens zustimmen. Ich habe die Hoffnung, dass die Mehrheitsgruppe in den kommenden fünf Jahren ambitionierter agiert und notwendige Veränderungen in unserer Kommune herbeiführt – in dem diesjährigen Haushalt ist davon aber nicht viel zu erkennen.